

Wegen hastiger Umsetzung der „Korridor“-Regelung bei Einschulungen:

Sozialreferent Pröbß kritisiert Regierung

Bisher müssen Kinder eingeschult werden, wenn sie bis zum 30. September das sechste Lebensjahr vollenden. Die bayerische Staatsregierung aus CSU und Freien Wählern will den Eltern mit der Einführung eines Korridors mehr Flexibilität ermöglichen. Sozialreferent Reiner Pröbß (SPD) kritisiert vor allem die Art und Weise, wie das geschieht.

Die Korridorregelung besagt, dass Eltern von Kindern, die zwischen Juli und September sechs werden, nach Beratung durch die Schulen sich für ein weiteres Kindergartenjahr entscheiden können. Pröbß äußerte im Jugendhilfeausschuss (JHA) des Stadtrats seinen Unmut darüber, dass diese gesetzliche Neuregelung noch gar nicht verabschiedet sei, Schulen und Kindergärten aber schon mit der Umsetzung beauftragt würden. „Das

ist eine Unsitte.“ Aber das sei wohl auch einem Zeitgeist geschuldet, der von Politikern fordere, immer schneller „zu liefern“.

Während FDP-Stadtrat Alexander Liebel die „überstürzte Einführung“ ebenfalls kritisierte, die Regelung an sich aber begrüßte, zeigte sich Pröbß auch in diesem Punkt skeptischer und verwies auf Zahlen, die zuvor Heike Weishart vom Staatlichen Schulamt vorgetragen hatte. Demnach werden ohnehin in Nürnberg jährlich zehn Prozent der Kinder noch einmal um ein Jahr zurückgestellt. Bisher müssen hierfür zwar die Schulen grünes Licht geben und es ist keine Entscheidung der Eltern, aber wie Weishart deutlich machte, verliefen diese Gespräche in der Regel in großem Einvernehmen. Vor diesem Hintergrund kann Pröbß die Einführung des Korridors nicht ganz verstehen. Die Mitbestimmung der Eltern hätte man lieber

an anderen Stellen stärken sollen, sagte der Sozialreferent.

Das Thema der sogenannten Korridor-kinder war durch einen Antrag der Grünen auf die JHA-Tagesordnung gelangt; die Umweltpartei wollte über die Auswirkungen Bescheid wissen.

Jugendamtschefin Kerstin Schröder monierte, dass die Regelung schon für das Schuljahr 2019/20 gelten soll. Eltern müssen bis zum 3. Mai entscheiden, ob sie ihr Kind bereits 2019 oder erst im Schuljahr 2020/21 in die erste Klasse schicken wollen. Aus Sicht der Jugendhilfe ist der Maitermin aber zu spät, schließlich müssten Plätze in Kindergärten vorgehalten werden, wenn mehr Eltern als üblich ihre Kinder zurückstellen lassen. Michael Bauer vom Humanistischen Verband mahnte denn auch an, dass man aufpassen müsse, dass aus den „Korridor-kindern“ keine „Draußen-vor-der-Tür-Kinder“ werden. *Marco Puschner*